

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

## Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

**Abonnement**  
viertelj. 1 M. 50 Pf. einschließl.  
des „Aust. Unterhaltungsbl.“  
u. der Humor. Beilage „Seifen-  
blasen“ in der Expedition, bei  
unseren Boten sowie bei allen  
Reichspostanstalten.  
Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

**Erscheint**  
täglich abends mit Ausnahme der  
Sonn- und Feiertage für den fol-  
genden Tag. Insetionspreis:  
die Kleinspaltige Zeile 12 Pf. Im  
amtlichen Teile die gespaltene  
Zeile 30 Pf.  
Fernsprecher Nr. 210.

N 32.

57. Jahrgang.  
Mittwoch, den 9. Februar

1910.

### In dem Konkursverfahren

über das Vermögen des Bäckereimasters **Erwin Elehardt Schreiter** in **Hundshübel**  
soll mit Genehmigung des Konkursgerichtes die Schlussverteilung erfolgen. Hierzu sind aus-  
schließl. etwaiger Sparrassensinsen verfügbar: 172 M. 83 Pf.

Von diesem Betrage sind die Kosten des Verfahrens zu kürzen.  
Der Rest ist auf 10406 M. 41 Pf. nichtbevorrechtigte Forderungen zu verteilen.  
Bevorrechtigte Forderungen sind nicht vorhanden.  
Eibenstock, den 8. Februar 1910.  
Ortsrichter **Meichner**, Konkursverwalter.

### Besserung am Balkan.

Die Zeiten, wo auf dem Balkan das plötzliche Los-  
gehen eines Flintenschusses genügte, um folgenschwere  
Krisen herbeizuführen, scheinen für immer vorbei zu  
sein. Schon mehr wie einmal hat in den letzten Jah-  
ren die Situation auf des Messers Schneide gestanden,  
aber immer wieder war es der Intervention der Mächte  
gelungen, weitergehende folgenschwere Verwicklungen  
zu vermeiden, und den Brand im Entstehen zu löschen.  
Auch jetzt schien man am Vorabend erster Ereignisse  
sich zu befinden, die Kretafrage hatte sich aufs schärfste  
zugespielt. Die Einberufung der griechischen National-  
versammlung war anscheinend dazu bestimmt, einen fol-  
gensweren Beschluß hinsichtlich der Stellung Kretas  
zu Griechenland herbeizuführen. Dem gegenüber traf  
man in Konstantinopel begreiflicherweise alle Vorbe-  
reitungen, weil man einen derartigen Streich unmög-  
lich ruhig hinnehmen konnte. Diese Rüstung wurde an-  
fänglich vielfach falsch aufgefaßt, man glaubte, daß sie  
gegen Bulgarien gerichtet war, wo wegen der kriegs-  
gerichtlichen Aburteilung mehrerer Bulgaren in Sa-  
loniki unter der Bevölkerung große Erregung herrschte.  
Es wurde sehr bald klar, daß die türkischen Maßnahmen  
nur gegen Griechenland gerichtet waren und dieses  
entschiedene Auftreten hat wohl seine Wirkung nicht  
verfehlt. Gleichzeitig ließen die Mächte nichts un-  
versucht, um in Athen zur Vernunft zu mahnen und al-  
lem Anschein nach hat man wohl durchblicken lassen,  
daß Griechenland bei einem eventuellen Konflikt nichts  
zu erwarten hätte, sondern nur bedeutend verlieren und  
seine Ansprüche auf Kreta vielleicht für immer auf-  
geben könne. Die Einberufung der Nationalversammlung  
wurde auf Ende d. J. verschoben, um in der Zwischenzeit  
die Gemüter zu beruhigen und dafür Vorkehrungen zu treffen,  
daß keine übereilten Beschlüsse gefaßt würden. Gleich-  
zeitig erschien auch der griechische Gesandte in Konstan-  
tinopel beim Großvezir, um zu versichern, daß seine  
Regierung von den freundschaftlichsten Gefühlen für die  
Türkei befeelt sei. Die Krise scheint also für den Au-  
genblick beschworen zu sein, in der Hauptsache infolge  
der energischen Intervention der Mächte, welche den  
Kretanern eine eindringliche Warnung zukommen ließen,  
die griechische Nationalversammlung etwa zu beschiden.  
Insbesondere drohte man, sofort Truppen der Schutz-  
mächte landen zu lassen, um alle erforderlichen Maß-  
nahmen zu treffen, damit der Standpunkt der Mächte  
respektiert würde. Bei diesem Schritt hatte man loyale  
Weise nicht verfehlt, auch Deutschland und Oester-  
reich-Ungarn in Kenntnis zu setzen. Man will eben jetzt  
alles vermeiden, was zu Reibungen irgend welcher  
Natur führen könnte, allseitig herrscht das Friedens-  
bedürfnis vor. Den besten Beweis hierfür bildet die  
im Wege befindliche Annäherung zwischen Rußland und  
Oesterreich-Ungarn, nachdem der serbische Konflikt eine  
der schwersten Verstimmungen im Gefolge hatte, die  
in den letzten Jahren zu verzeichnen waren. Von heute  
auf morgen wird diese Annäherung freilich nicht voll-  
zogen sein, die Gegensätze sind noch immer groß, je-  
denfalls kann man aber mit Genugtuung konstatieren,  
daß allem Anschein nach auf beiden Seiten die Reigung  
zu einer Verständigung vorherrscht, weil man sich sagt,  
daß eine Fortdauer derartiger Differenzen doch eines  
Tages zu neuen und schweren Verwicklungen führen  
könnte. Die zu offiziellen Kundgebungen vielfach be-  
nutzte „Wiener Politische Korrespondenz“ bestätigt, daß  
auf beiden Seiten Geneigtheit zu einer Wiederannähe-  
rung besteht; auch dürfte die Nachricht viel für sich  
haben, daß in absehbarer Zeit der Thronfolger Franz  
Ferdinand sich nach Petersburg begeben, um so auch äußer-  
lich die Besserung der beiderseitigen Beziehungen  
zu dokumentieren. Eine Verständigung beider Mächte,  
insbesondere eine Einigung über den Balkan, wäre  
ein in jeder Beziehung freudig zu begrüßendes Unter-  
pfand für die Erhaltung des Weltfriedens.

### Tagesgeschichte.

#### Deutschland.

Der Kaiser besuchte am Montag den Reichs-  
kanzler und nahm sodann im Berliner Schloß den Vor-

trag des Chefs des Zivilkabinetts von Valentini ent-  
gegen. — Am heutigen Dienstag findet im Berliner  
Schloße der Fastnachtsball bei Hofe statt, womit die  
Hoffestlichkeiten dieser Saison ihr Ende erreicht haben.

— Eine Verlobung der Prinzessin Vik-  
toria Luise? Aus London wird berichtet, Prin-  
zessin Viktoria Luise von Preußen werde der Königin  
Alexandra von England während dieses Frühjahrs  
oder Sommers einen Besuch rein privater Natur in  
Sandringham abstaten. Die Königin habe die Prin-  
zessin, die ihr besonderer Liebling sei, vor einiger Zeit  
selbst eingeladen. Später würden Kaiser Wilhelm II.  
und die Kaiserin zu einem offiziellen Besuch nach Eng-  
land kommen, und dann würde zu ihren Ehren und um  
die junge Prinzessin gewissermaßen in die englische Ge-  
sellschaft einzuführen, auch ein großer Hofball im  
Schloße Windsor gegeben werden. Es gehen wieder  
Gerüchte, daß die Prinzessin Viktoria Luise dem Prin-  
zen Arthur von Connaught als Gemahlin zugebacht sei.

— Fürst Bülow bleibt in Rom. Die un-  
längst verbreitete Nachricht, Fürst Bülow werde nach  
Berlin reisen, um an dem Familientag derer von Bü-  
low teilzunehmen, ist unrichtig. Fürst Bülow wird Rom  
in nächster Zeit nicht verlassen.

— Osterferien des Reichstages. Am 18.  
kommenden Monats geht der Reichstag in die Oster-  
ferien, vor deren Antritt er den Etat erledigt haben soll.

— Die deutsch-amerikanischen Handels-  
beziehungen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zei-  
tung“ schreibt unterm 7. Februar: Das Gesetz betr.  
die Handelsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten  
von Amerika, das der Reichstag am Sonnabend ohne  
Debatte in drei Lesungen angenommen hat, ist heute  
im „Reichsgesetzblatt“ veröffentlicht worden. Im An-  
schlusse daran ist eine Bekanntmachung des Reichskanz-  
lers erschienen, nach welcher der Bundesrat beschlos-  
sen hat, daß auf die Erzeugnisse der Vereinigten Staa-  
ten von Amerika vom 8. d. M. ab die in den geltenden  
Handelsverträgen zugestandenen Zollsätze anzuwenden  
sind. Es ist zu erwarten, daß heute auch der Präsident  
Taft eine Proklamation erläßt, welche den deutschen  
Erzeugnissen die Verzollung nach den Sätzen des ameri-  
kanischen Minimaltarifs sichert. Der Handelsverkehr  
zwischen beiden Ländern wird sich somit bis auf wei-  
teres auf der Grundlage vollziehen, daß sie sich gegen-  
seitig autonom als meistbegünstigt behandeln.

— Der deutsch-portugiesische Handels-  
vertrag. Nachdem der deutsch-portugiesische Handels-  
vertrag vom Reichstage genehmigt ist, steht, da die  
portugiesischen Cortes ihn schon früher angenommen  
haben, seiner Ratifikation nichts mehr im Wege. Sie  
dürfte denn auch bald vollzogen werden, und zwar der-  
gestalt, daß die Ratifikationsurkunden in Berlin ausgetauscht  
werden. Nach dem Wortlaut des Vertrages wird  
er nach Ablauf von zwei Wochen nach dem Austausch der  
Ratifikationsurkunden in Kraft treten und während der  
acht folgenden Jahre in Kraft bleiben. Jedoch haben  
sich die vertragschließenden Teile das Recht vorbehal-  
ten, den Vertrag zwölf Monate vor Ablauf des fünften  
Jahres mit der Wirkung zu kündigen, daß er nach Ab-  
lauf des fünften Jahres seine Geltung verliert. Wird  
von dieser Kündigungsmöglichkeit kein Gebrauch ge-  
macht, so wird der neue Handelsvertrag bis zum Fe-  
bruar des Jahres 1918 Geltung haben. Die Mehrzahl  
der Tarifverträge, die Deutschland mit ausländischen  
Staaten abgeschlossen hat, laufen bekanntlich bis zum  
Ende des Jahres 1917.

— Verlängerung des deutsch-schwedi-  
schen Handelsvertrages. Zwischen den Regie-  
rungen des Deutschen Reichs und Schwedens hat ein  
Notenwechsel stattgefunden, um eine provisorische Ver-  
längerung des deutsch-schwedischen Handelsvertrages  
herbeizuführen. Der zurzeit geltende Vertrag vom 8.  
Mai 1906 läuft mit Jahreschluß ab und erlischt auch  
ohne formelle Kündigung. Die Verhandlungen über  
einen neuen Handelsvertrag werden zunächst dadurch  
aufgehalten, daß Schweden nach berühmten Vorbil-  
dern erst einen neuen Zolltarif einführen will, ehe  
es mit auswärtigen Staaten über den Abschluß von  
Handelsverträgen in Unterhandlung tritt. Die Er-  
ledigung des Zolltarifs im schwedischen Reichstag wird

sich voraussichtlich bis zur Mitte des laufenden Jahres  
hinziehen, so daß nicht genügend Zeit bleiben dürfte,  
um die deutsch-schwedische Angelegenheit in Ruhe zu  
ordnen. Daher soll die Dauer des bisherigen  
Handelsvertrages noch um elf Monate verlängert wer-  
den, um zu verhüten, daß zeitweilig ein vertragsloser  
Zustand Platz greift. Eine hierauf abzielende Verein-  
barung, die durch den Notenaustausch bewirkt ist, wird  
dem Reichstage binnen kurzem zugehen.

— Deutschland und Marokko. Die höchst  
unerquidlichen handelspolitischen Beziehungen Deutsch-  
lands zu Marokko werden noch sehr lange die öffent-  
liche Meinung beschäftigen müssen, denn immer neue  
Klagen laufen von unseren Handelskammern über starke  
Benachteiligung Deutschlands bei dem Handelstag ein.  
So haben die Handelskammern von Hamburg, Leip-  
zig, Nürnberg, Offenbach bestätigt, daß es für Deutsche  
unmöglich sei, sich an Lieferungen von Militär- und  
Bekleidungsstücken für Marokko zu beteiligen. Sehr  
interessante Mitteilungen sind dem Handelstag von  
Leipzig aus gemacht worden, die in der Tat zeigen, daß  
der deutsche Kaufmann triftigen Grund hat, unzufrie-  
den zu sein: Die Kammer schreibt: Insbesondere wird  
hier auch über die Kürze der Lieferzeiten geklagt, die  
z. B. bei den Lieferungen für die Polizeitruppen in  
Marokko derartig knapp angelegt waren, daß es über-  
haupt unmöglich war, die Stoffe in der Zeit fertigzu-  
stellen. Auffallenderweise aber hatten, wie uns mitge-  
teilt wird, die französischen Fabrikanten die benötigten  
Militärstoffe auf Lager und erhielten infolgedessen die  
Lieferung zugesprochen. Wie es kam, daß die französi-  
schen Fabrikanten die Luche bereits vorrätig hatten, ver-  
mag man uns nicht anzugeben, es wird vermutet, daß  
die französische Regierung ihrer Sache so sicher gewe-  
sen ist, daß die Fabrikanten schon vor Ausschreibung der  
Lieferung die Luche in Arbeit gegeben haben, so daß  
die Ware bereits fertig war, als Frankreich die Lie-  
ferung zugesprochen erhielt. Weiterhin wird bemängelt,  
daß in der Kommission, die derartige Orders  
zu erteilen hat, nur Franzosen sitzen und höchstens  
ein Deutscher, was ebenfalls schuld daran sei, daß die  
Deutschen bis jetzt bei den Ausschreibungen immer durch-  
gefallen sind. — Die Leipziger Fabrikanten und die  
nach Marokko arbeitenden Firmen haben schon seit Jah-  
ren versucht, eine Besserung der Verhältnisse zu er-  
zielen, aber alle ihre nach Tanger und Berlin gerichteten  
Beschwerden hatten keinen Erfolg. — Das sind doch  
sehr positive Angaben, auf die eine Antwort der Reichs-  
regierung angebracht wäre.

— Eine Reichsanstalt für Luftschiff-  
fahrt. Die nationalliberale Fraktion hat zum Etat  
des Reichsamt des Innern folgende Resolution einge-  
bracht: „Die verbündeten Regierungen zu ersuchen,  
die Gründung und Unterhaltung einer Reichsanstalt  
für Luftschiffahrt und Flugtechnik in Friedrichshafen  
möglichst bald in die Wege zu leiten.“

— Hochseeflotte. Unsere Hochseeflotte wird  
demnächst eine größere Übungsfahrt unternehmen,  
die insofern immerhin weitgehendes Interesse bean-  
spruchen wird, als sich unsere beiden ersten Dread-  
noughts „Rassau“ und „Westfalen“ daran beteiligen  
werden. Daran ist kein Zweifel mehr, daß die beiden  
Schiffe ganz vorzüglich gelungen sind; die Geschwindig-  
keit ist größer als man erwartet hatte. So hat „West-  
falen“ auf der Probefahrt bei Reutrug eine mittlere  
Geschwindigkeit von 20,25 Knoten erzielt. Die Funken-  
telegraphie hat vorzüglich funktioniert und bei unse-  
rer Marine ist jetzt durch diese technischen Fortschritte ein  
Nachrichten-Übertragungsmittel überflüssig geworden,  
von dem man sich ja einst so unendlich viel versprochen  
hatte. Die Marine hat nämlich beschlossen, auf das  
Briestaubenwesen zu verzichten, im Landheer leisten  
die Briestauben ja noch vorzügliche Dienste, aber auf  
dem Wasser hatten sie doch immerhin mit sehr großen  
Schwierigkeiten zu kämpfen.

#### Frankreich.

— Das neue französische Marinepro-  
gramm wird einen Kredit von 1400 Millionen Fres.  
erfordern, der sich auf 10 Jahre verteilt.

#### England.

— Das neue Unterhaus nimmt am Dienstag